

Ruhe im P.E.N.?

Jochen Staadt

Das P.E.N.-Zentrum der DDR mutiert im milden Rückblick seiner Selbstdarsteller langsam aber sicher zu einem Organ des Internationalen P.E.N., das unter den besonderen Bedingungen des östlichen Deutschland existierte und das Beste aus der schlechten Lage zu machen suchte. Daß es anders war, stört die Vereinigungssüchtigen in West und Ost kaum. Zudem haben sich die beiden Clubs durch zahlreiche Scham- und Protestaustritte sowie eine zügellose Aufnahmewelle in den östlichen P.E.N. derart verändert, daß nun zusammenwachsen kann, was recht eigentlich auch zusammen gehört. Nicht mehr dazu gehören inzwischen viele aus der DDR ins Exil gezwungenen Autoren aber auch einige altmodische westdeutsche Moralisten, die sich dem neuen Zeitgeist und den Vereinigungswütigen nicht unterwerfen mochten. Diese undiplomatischen demokratischen Querulanten wären die Engelmänner schon gerne vor 1989 losgeworden, auf daß sie nicht länger die Koalition der Befriedungsstrategen und Friedensfreunde stören könnten. Warum sollte, wer seinerzeit die Austritte prominentester Autoren in Kauf nahm, heute Skrupel haben, wenn das Werk vollendet wird. Am Rande fällt auf, daß unter den eifrigsten Vereinigungsprotagonisten sich Schriftsteller finden, die mit der deutschen Wiedervereinigung eher Probleme hatten. Es wäre genaugenommen freilich ein absurder Zustand, wenn das schon vor 1989 real existierende ost-westliche Kartell der linken Bedenkenträger und Bedrohungs fetischisten nicht in einem alldeutschen P.E.N. endlich Ruhe zur Pflege seiner Gemeinsamkeit fände.

Bei der Vereinigung der beiden Akademien der Künste hat Westpräsident Walter Jens - ein schon vor 1989 durch Doppelmitgliedschaft ausgewiesener Einheitsdeutscher - vorgeführt, wie die Devise, "zweigeteilt niemals", gewinnbringend für beide Seiten zum Tragen gebracht werden kann. Der

Einheitsfront von Oben fielen bei der Akademievereinigung einige notorische Einzelgänger zum Opfer - darunter die Mehrheit der bildenden Künstler -, doch das ließ sich verschmerzen. Überdies erweisen sich Querköpfe in Institutionen als störend, deren Aufgabe es ist, für gute Menschen zu einem guten Zweck in einer guten Atmosphäre einheitsstiftend zu wirken, geht es buchstäblich doch um hohe und höhere Ziele.

Mit an höchster Stelle des SED-Staates ausgebrüteten Konzeptionen waren häufig Generalversammlungen des P.E.N.-Zentrums der DDR befaßt. In Hinblick auf das in dieser Organisation gepflegte Vereinsleben wird eigentliche erst verständlich, wieso es neben begeisterter Zustimmung auch vehemente Ablehnung gegen den Anschluß des West-P.E.N. an diesen Club gab, und warum einige Betroffene lieber in Einsamkeit und Freiheit flüchten, als sich in die Koalition der "Vernünftigen" zwingen zu lassen. Viele Motive der Vereinigungsgegner entschlüsseln sich erst über ihre ursprünglichen Dissonanz im real existierenden Sozialismus. Ein Blick hinter die historischen Kulissen mag das ein wenig erhellen.

Anleitung des P.E.N.-Zentrums durch die Kulturabteilung des ZK der SED

Im Gegensatz zum gegenwärtigen östlichen Vereinigungsdrang hat das SED-Aufsichtspersonal, nachdem 1951 die kommunistischen Bündnispolitik im gesamtdeutschen P.E.N.-Zentrum gescheitert war,¹ spätere

¹ Friedrich Dieckmann hält noch heute an der Legende fest, es sei 1951 zu Spaltung des deutschen P.E.N. gekommen, weil die Fortexistenz eines gemeinsamen Zentrums "dem Alleinvertretungsanspruch der Adenauer-Republik kenntlich zuwider" gelaufen sei. Als wären die westdeutschen Separatisten im damaligen Streit um "kulturelle Freiheit" Repräsentanten ihrer Regierung gewesen, was von Präsidiumsmitglieder des späteren DDR-P.E.N. freilich erwartet wurde. Für Dieckmann ist das ostdeutsche Zentrum der "Stammhalter des ersten deutschen Nachkriegs-PEN" und die anstehende Vereinigung "von der Geschichte selbst vorgezeichnet". Vgl. Dieckmann, Friedrich: Deutsche PEN-Geschichten.

Annäherungsversuche des bundesdeutschen P.E.N. stets mit Argwohn beobachtet. 1963 warnte Heinz Geggel, ein Westdeutschland-Spezialist des ZK, Walter Ulbricht vor "Bemühungen Krämer-Badonis um einen einheitlichen deutschen PEN". Geggel interpretierte die Einheitsvorschläge des damaligen westdeutschen P.E.N.-Präsidenten als einen Beleg dafür, "daß von Bonn aus in verstärktem Maße die Linie eingeschlagen wird, uns nicht nur frontal anzugehen, sondern die Möglichkeit der Unterwanderung und der Aufweichung zu schaffen". Auf der anderen Seite schätzte Geggel die Angebote Krämer-Badonis allerdings nicht rundherum negativ ein. Sie böten nämlich, schrieb er Ulbricht, umgekehrt auch "für uns ein breites Feld für ein offensives Auftreten und Eindringen in Westdeutschland".² Mit der Ablösung Walter Ulbrichts verabschiedete die SED-Führung auch dessen Spleen, vom offensiven Eindringen in Westdeutschland. Aber was die Außenrepräsentanz betraf, stand der "sozialistischen Nation" DDR eine eigene Sektion des angesehenen Internationalen PEN um so besser zu Gesicht.

Im Dezember 1971 machte sich der von Politbüromitglied Kurt Hager geleitete kulturpolitische ZK-Apparat der SED Gedanken über die weitere Perspektive des P.E.N.-Zentrums der DDR. Der zuständige ZK-Abteilungsleiter, Arno Hochmuth, unterbreitete seinem Chef Hager anlässlich der für Mai 1972 vorgesehenen Generalversammlung des DDR-P.E.N. seine grundsätzlichen Erwägungen zur "Einschätzung und Prüfung der weiteren Tätigkeit und der Wirkungsmöglichkeiten des PEN-Zentrums". Hochmuth wies auf die seiner Meinung nach gewachsene Bedeutung des Zentrums im internationalen P.E.N. hin. "Die Position des DDR-PEN konnte inzwischen so gefestigt werden, daß Resolutionen und

Aktionen gegen die DDR kaum noch durchzubringen sind." Der Präsident des P.E.N.-Zentrums der DDR, Heinz Kamnitzer³ verstehe "es immer besser, die heterogene Zusammensetzung und die daraus folgende Problematik des internationalen PEN richtig einzuschätzen". Der internationale P.E.N. biete gute Möglichkeiten, den "Einfluß unseres PEN mit den außenpolitischen Initiativen der DDR zu verbinden", denn viele internationale P.E.N.-Mitglieder seien "literaturinteressierte Politiker und andere einflußreiche Persönlichkeiten, die Verbindungen zu Regierungskreisen und -stellen haben. Unser PEN kann diesen Umstand nutzen und weitsichtige Beziehungen anknüpfen, besonders zu kapitalistischen und nichtsozialistischen Staaten, die mit der DDR bislang noch keine diplomatischen Beziehungen unterhalten und die in der Hauptrichtung unserer Außenpolitik (diplomatische Anerkennung, Sicherheitskonferenz) liegen." Hochmuth verwies als positives Beispiel auf die Beziehungen zum französischen P.E.N.-Zentrum.⁴ Es könnten "Autoren, die in Frankreich Verbindungen haben und Wirkungsmöglichkeiten besitzen, auch wenn sie abweichende Auffassungen zu bestimmten Prinzipien unserer Kulturpolitik haben, ihre internationalen Beziehungen im Interesse unserer Außenpolitik einsetzen und auch auf diese Weise stärker herangezogen werden (z.B. Hermlin)." Zu dem weiteren Perspektiven des DDR-P.E.N. heißt es in der ZK-Konzeption: "Die Aufgabe des PEN-Zentrums ist die internationale Vertretung unserer Literatur mit dem Ziel, das internationale Ansehen der DDR zu erhöhen und zur Geltung zu bringen (...). Der Schwerpunkt dieser Tätigkeit liegt eindeutig außerhalb der so-

Eine Akten Lese, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 22. März 1966, S. 54.

² Geggel, Heinz; Westkommission beim Politbüro: Hausmitteilung an Walter Ulbricht vom 22. Mai 1963. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/106, IPA, Büro Ulbricht.

³ Heinz Kamnitzer war als SED-Funktionär und Inoffizieller Mitarbeiter des MfS (IM "Georg") in eine doppelte Sicherheits- und Nachrichtenstruktur eingebunden. Vgl. hierzu Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur, Schriftsteller und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1996, S. 41 u. S. 801 ff.

⁴ Gegenseitige Besuchsangebote lagen zu diesem Zeitpunkt bereits vor und das P.E.N.-Zentrum der DDR bereitete eine Anthologie in französischer Sprache vor.

zialistischen Staatengemeinschaft, vor allem in Staaten, die im Mittelpunkt der außenpolitischen Bemühungen der DDR stehen." Das P.E.N.-Zentrum der DDR solle in der DDR nicht öffentlich wirksam werden, sondern lediglich interne Veranstaltungen, Clubabende und die im Statut vorgesehene Generalversammlung abhalten. "Die Generalversammlung 1972 sollte dazu genutzt werden, Schriftsteller in das PEN aufzunehmen, die konsequent die Politik der Partei im PEN durchsetzen helfen." Um dies organisatorisch abzusichern, sei "kurzfristig eine Parteigruppe zu konstituieren, die einen Parteisekretär wählt und die parteimäßige Behandlung der im Präsidium anstehenden Probleme sichert."⁵ Soweit der Plan der zuständigen ZK-Abteilung Kultur. Das reale P.E.N.-Zentrum paßte jedoch nicht ganz in dieses Konzept.

Im Oktober 1972 fand die Generalversammlung des DDR-P.E.N. statt, auf der sich die Parteigruppe der SED ihre ersten Meriten verdienen sollte. Für die Anleitung der SED-Fraktion im P.E.N.-Club war als Nachfolger Hochmuths der inzwischen neue Abteilungsleiter Hans-Joachim Hoffmann zuständig. Nach der Versammlung erstattete er Kurt Hager folgenden Rapport: "Entsprechend dem Beschluß des Sekretariats des ZK der SED fand am 17. Oktober 1972 die Generalversammlung des PEN-Zentrums der DDR statt, an der 30 Mitglieder sowie Gäste der PEN-Zentren Polens, Ungarns und Bulgariens teilnahmen. Die Versammlung war in der Parteigruppe vorbereitet worden." Das Hauptreferat Kamnitzers sei gut aufgenommen worden. In der Diskussion habe Stefan Heym gesprochen, während Biermann sich nicht geäußert und sich lediglich zu den Wahlvorschlägen geäußert habe.

"Der Ablauf der Versammlung entsprach den in der Parteigruppe und mit dem Präsidenten getroffenen Vorbereitungen." Laut

⁵ Hochmuth, Arno; Abteilung Kultur des ZK: Hausmitteilung vom 13. Dezember 1971 an Kurt Hager betr. Tätigkeit des PEN-Zentrums der DDR sowie Vorschläge für die weitere Arbeit dieser Organisation. SAPMO-BArch, DY-30/IV A 2/2024/2, ZPA, Büro Hager.

Hoffmanns Bericht wurden Die vorgesehenen 10 Präsidiumsmitglieder gewählt - Wieland Herzfelde, der mit 16 Stimmen durchgefallen war, wurde mit der Begründung, einer der Mitbegründer des P.E.N. gewesen zu sein, als Ehrenpräsidenten gewählt. "Die Wahl von Neuaufnahmen war durch eine Liste vorbereitet, die auf schriftlich eingereichten Vorschlägen basierte, in der Parteigruppe vorgelegen und dort Zustimmung gefunden hatte. Wir haben eine langfristige Vorstellungen ausgearbeitet, die gewährleistet, daß das PEN-Zentrum der DDR schrittweise in der Zusammensetzung verändert wird und der Anteil der Genossen und Parteilosen, die die Politik unserer Partei konsequent vertreten sich ständig erhöht."⁶ Trotz Parteigruppe und Einflußnahme auf die Zuwahlvorschläge, gelang es den zuständigen SED-Funktionären nicht, das P.E.N.-Zentrum der DDR ganz in ihren Griff zu bekommen. Nicht zuletzt die internationale Einbindung der Organisation ließ eine grobe Säuberung im Sinne der SED nicht geraten erscheinen. Außerdem befanden sich unter den Mitgliedern des Zentrums Autoren, die sich, obwohl Parteimitglieder, nicht umstandslos an die Leine der Parteidisziplin legen ließen. Unbotmäßigkeiten zeigten einige P.E.N.-Mitglieder beispielsweise im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der Generalversammlung des Jahres 1975. Neben diesem Aspekt verdeutlichen die einschlägigen Überlieferungen zu diesem Komplex aber auch das Ausmaß unmittelbarer Außensteuerung durch die Parteispitze der SED sowie die Wirkungsmacht der SED-Funktionäre im P.E.N.-Zentrum der DDR.

Als Anfang Januar 1975 absehbar wurde, daß die für den 15. Januar vorgesehene Generalversammlung nicht nach Parteiplan verlaufen würde, sorgte die ZK-Kulturabteilung für die Verschiebung der Konferenz. Der inzwischen zuständige Abteilungsleiter Peter Heldt - Hans-Joachim

⁶ Hoffmann, Hans-Joachim; Abteilung Kultur des ZK: Hausmitteilung vom 31.10.1972 an Kurt Hager betr. Generalversammlung des PEN-Zentrums der DDR. SAPMO-BArch, DY-30/IV B 2/2024/77, ZPA, Büro Hager.

Hoffmann amtierte seit Februar 1973 als Kulturminister - informierte am 2. und 9. Januar 1975 Kurt Hager über den Stand der Dinge. Im Schreiben vom 2. Januar wurde neben dem Problem der Zuwahl neuer P.E.N.-Mitglieder auch das "Problem der Mitgliedschaft Wolf Biermann" erörtert. Falls er ungeladen erscheine,⁷ solle er - so Heldts Vorschlag - möglichst ignoriert werden. "Stefan Heym wurde als Mitglied unseres PEN ordnungsgemäß eingeladen. Wenn er auf der Generalversammlung seine bekannten Argumente vorbringt, werden diese in aller Form zurückgewiesen. Dazu werden Genossen vorbereitet. (...) Zur Formierung der Genossen des PEN-Zentrums wird mit Unterstützung der Abteilung eine Parteigruppensitzung durchgeführt."⁸

Die Parteigruppe des P.E.N.-Zentrums wurde am 8. Januar 1975 einbestellt, damit alle Parteimitglieder auf den geplanten Ablauf der Generalversammlung eingeschworen werden könnten. Es stellte sich jedoch heraus, daß es gegen die Regiekonzeption des ZK-Apparates einigen Widerspruch gab. Die Kulturabteilung informierte die SED-Führung über den unplanmäßigen und für sie peinlichen Verlauf der Versammlung: "Dem Statut unserer Partei entsprechend wurde am 8. Januar 1975 die Parteigruppensitzung zur Vorbereitung der Generalversammlung durchgeführt. An ihr nahmen 23 Genossen teil. Die Leitung hatte der Parteigruppenorganisator Genosse Heinz Kahlau. Von der Abteilung Kultur nahmen die Genossen Heldt, Franz Hentschel und Leopold Sladcyk teil." Zu Beginn der Versammlung trug Heinz Kamnitzer die Hauptgedanken seines Referates "über die Rolle des PEN und die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz" vor und

Henryk Keisch erläuterte die positive Bilanz seines Geschäftsberichtes. Keisch sprach sodann "über den Ablauf der Generalversammlung sowie über Kaderfragen (Wahl des Präsidenten und Präsidiums)" und Peter Heldt referierte den Beschluß des ZK-Sekretariats "zur Durchführung der Generalversammlung" und "erläuterte die Hauptrichtung der Wirksamkeit des PEN-Zentrums der DDR auf der Grundlage der Beschlüsse des VIII. Parteitages und der Tagungen des ZK innerhalb seines Wirkungsbereiches, insbesondere in den nichtsozialistischen Ländern."

Als nächstes sollte eigentlich über die Referate von Kamnitzer, Keisch und Heldt beraten werden, die Frage der Zuwahl neuer Mitglieder sollte erst Thema einer weiteren Parteigruppensitzung sein. Doch eine Diskussion über das Vorgetragene kam nicht in Gang. Gegen die vom ZK-Sekretariat beschlossene und von den Funktionären verkündete Parteilinie mochte offenbar zunächst niemand auftreten. Eine Kontroverse ergab sich laut Bericht der Kulturabteilung "an der Frage, wie wir uns zu Biermann verhalten, und zu Problemen, die mit der Wahl von neuen Mitgliedern des PEN zusammenhängen." Jurek Becker habe die "Frage des Verhaltens zu Biermann" gestellt und die Auffassung geäußert, "daß wir ihn falsch behandeln. Unter Umständen weiß Biermann gar nicht, so führte Genosse Becker aus, daß mit seiner PEN-Mitgliedschaft etwas nicht in Ordnung ist. Daraufhin wurde von den Genossen Kamnitzer und Kant der Standpunkt des PEN-Präsidiums erneut dargelegt. Von einem Ausschluß Biermanns sei bisher abgesehen worden, weil kein internationales Aufsehen erregt werden und Biermann selbst nicht die Chance gegeben werden sollte, sich erneut zu einem vieldiskutierten 'Fall' hochzuspielen. Es sei eine Kommission des Präsidiums eingesetzt worden, mit der Biermann seine Probleme bereden und mit deren Hilfe er seine Beziehungen zum Pen in Ordnung bringen sollte. Biermann habe diese 'ausgestreckte Hand' ignoriert, aber in der Schweizer Presse erklärt, er denke nicht daran, vor diesem 'Tribunal' zu erscheinen,

⁷ Biermann war unter dem Vorwand, er habe seit längerem keine Mitgliedsbeiträge mehr entrichtet, nicht zu der Versammlung eingeladen worden.

⁸ Heldt, Peter; Abteilung Kultur des ZK: Schreiben vom 2. 1. 1975 an Kurt Hager betr. Vorbereitung der Generalversammlung des PEN-Zentrum der DDR. SAPMO-BArch, DY-30 vorl. SED 18514, ZPA, Abteilung Kultur.

das die 'Sache der DDR-Staatsmacht besorge'. Biermann bezahle trotz Aufforderung keine Beiträge. Aus all diesen Gründen werde Biermann nicht als Mitglied behandelt und sei daher zu Generalversammlung nicht eingeladen worden." Erneute Anfragen und Bedenken Jurek Beckers seien zurückgewiesen worden. "Zu Genossen Becker gewandt sagte Genosse Kant: Wenn du auch erst zwei Jahre im PEN bist und vielleicht manches nicht weißt, mußt du nicht immer wieder Fragen auf den Tisch legen, die für uns geklärt sind!" Es sei schließlich Übereinstimmung erzielt worden, "Biermann, wenn er uneingeladen kommt, zu ignorieren und jeden Anlaß zu Provokationen und Diskussionen zu vermeiden. Genosse Edel und Genosse Girnus sagten, daß sie von dieser jahrelangen 'Eierei' um Biermann nun genug hätten. Die Sache müßte nun mal zu Ende gebracht werden!"⁹

Mehrere Mitglieder der Parteigruppe sprachen sich im weiteren Verlauf des Treffens gegen eine spätere Diskussion über die Neuaufnahmen in den P.E.N. aus und erzwangen damit eine längere und heftige Debatte. Es gelang den Parteifunktionären nicht, die vorgesehene "Verringerung der Kandidatenliste" zu erreichen. "Genosse Alexander Abusch machte darauf aufmerksam, daß Rainer Kirsch vor kurzem aus der Partei ausgeschlossen worden ist und daß seine Aufnahme in den PEN als eine Provokation verstanden werden kann. Die Genossen Kurt und Jeane Stern, die Rainer Kirsch vorgeschlagen hatten, erklärten ihre Absicht, Kirsch durch die Aufnahme in den PEN aus einer möglichen Isolierung herauszuführen." Peter Heldt erwiderte daraufhin, es sei doch "Aufgabe der Genossen, darüber zu beraten, welche Genossen in den PEN müssen, um die führende Rolle der Partei zu stärken". Es gebe "zu viele Sorgen um die Aufnahme jener in den PEN, mit denen wir Meinungsverschiedenheiten haben."¹⁰ Schließlich ergriff Heinz Kamnitzer wieder das Wort und sagte: "Die

Einsendung von Vorschlägen an das Präsidium bis zu einem bestimmten Termin und die Zusammenstellung von Namen zu einer geschlossenen Liste, ist noch die beste Möglichkeit, um sich vor den schlimmsten Überraschungen zu schützen. Wir sind ja demokratischer als der BRD-PEN, wo nur das Präsidium über Neuaufnahmen entscheidet." Heldt schlug als Kompromiß vor, "daß alle Genossen sich verpflichten, ihre Stimme den vorgeschlagenen Genossen zu geben", das Verhalten gegenüber Parteilosen solle hingegen freigestellt werden. Dem widersprach Jurek Becker, indem er fragte: "Warum muß ich evtl. Genossen meine Stimme geben, die ich gar nicht schätze? Ich würde z. B. den Genossen Seeger von der Liste streichen, obwohl er Mitglied meiner Partei ist!" Auch Wilhelm Girnus äußerte in einem vertraulichen Gespräch nach der Versammlung, daß er entgegen der Parteilinie Rita Schober nicht wählen werde: "Was sie schreibt, ist unqualifiziert. Jeden Beitrag, den sie bisher für 'Sinn und Form' schrieb, mußten wir ablehnen!" Am Ende wurde die turbulente Versammlung abgebrochen und vertagt, ohne daß alle Parteimitglieder auf ein einheitliches Vorgehen verpflichtet werden konnten. Das war angesichts der sieben Tage später vorgesehenen Generalversammlung ein untragbareres Ergebnis, das unter den Parteifunktionären entsprechende Besorgnis hervorrief. In einem Fall war die Aufregung über die erlebte Disziplinlosigkeit sogar für bewährte Kadernerven zu groß: "Im Anschluß an die Parteigruppenversammlung erlitt Genosse ... eine Herzattacke."¹¹

Am nächsten Tag informierte die ZK-Kulturabteilung Kurt Hager, daß bis zum 15. Januar eine dem Parteiauftrag entsprechende P.E.N.-Generalversammlung nicht mehr zu gewährleisten war und empfahl die Verschiebung der Zusammenkunft. Heldt gab Kurt Hager einen Sachstandsbericht über den aktuellen Stand. Insgesamt waren von P.E.N.-Mitgliedern 22 Vorschläge zur

⁹ Ebenda.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ders.: Abteilung Kultur des ZK: Information über eine Parteigruppensitzung zur Vorbereitung der Generalversammlung des PEN-Zentrums der DDR am 8. Januar 1975, a.a.O.

Zuwahl schriftlich eingereicht worden. Zehn Kandidaten strich das P.E.N.-Präsidium "ausgehend von unserer Empfehlung, die Zahl der Kandidaten unbedingt zu verringern", von der Liste. Die Kulturabteilung hatte namentlich "die Empfehlung für die Absetzung einiger Kandidaten gegeben (Bernd Jentzsch, Elke Erb, Rainer Kirsch) und festgelegt, daß die Kandidatur weiterer sehr gründlich überlegt werden müsse (Harich, Seyppel)". Es waren jedoch in diesem Zusammenhang nicht nur Probleme mit den Präsidiumsmitgliedern Stephan Hermlin, Peter Hacks und Christa Wolf aufgetreten, eine neue Diskussion der Vorschläge für die Zuwahl hätte dazu führen können, daß "neben Genossen (...) auch weitere, uns nicht genehme Kandidaten (z.B. wiederum Czechowski), auf die Listen kommen."¹² Das ZK-Sekretariat stimmte am 14. Januar 1975 nachträglich "der Verlegung des Termins der Generalversammlung des PEN-Zentrums der DDR auf April 1975" zu.¹³ Kurt Hager hatte damit sich und seinen Kulturfunktionären erst einmal Luft verschafft, um die anstehende Generalversammlung gründlicher vorbereiten zu können.

Am 27. Januar 1975 legte Hager in einer Notiz für Peter Heldt das weitere Vorgehen fest: "Was die Generalversammlung des PEN-Zentrums anbetrifft, so ist zwar der Termin verschoben, aber es muß doch prinzipiell entschieden werden, ob eine Zuwahl von Mitgliedern erfolgt. Nach meiner Meinung kann man damit nicht einverstanden sein, daß sich das PEN-Zentrum defacto in einen 2. Schriftstellerverband der DDR entwickelt. Eine Zuwahl käme höchstens infrage, falls ein Mitglied ausscheidet bzw. falls wir ein Interesse haben, daß bestimmte Genossen im PEN-Zentrum tätig sind (das

hervorwiegend nach außen arbeitet). Bitte überlege Dir diese ganze Frage bis zu unserer Besprechung am Mittwoch."¹⁴ Doch es sollte weitere Probleme geben.

Am 20. März 1975 trafen Abteilungsleiter Heldt, P.E.N.-Präsident Kamnitzer und Generalsekretär Keisch zusammen, um über das weitere Verfahren zu beraten. Heldt hatte die Absicht, die zur Zuwahl stehende Kandidatenzahl weiter zu verringern. Heinz Kamnitzer übergab im Verlauf des Gesprächs offenbar zur eigenen Absicherung dem ZK-Funktionär eine Aktennotiz mit folgendem Wortlaut: "Ich mache darauf aufmerksam: 1. Die Vorlage, die mit Datum vom 27. 11. 1974 vom ZK abgezeichnet worden ist, enthält als Punkt 4. Zuwahl der Mitglieder; bestätigt und verpflichtet somit dementsprechend zu handeln. 2. Sowohl die Kriterien für Neuaufnahmen wie die Namensliste der Kandidaten sind in jeder Phase nach sorgfältiger Beratung und völliger Übereinstimmung mit dem zuständigen Vertreter des ZK zustande gekommen und im Dezember 1974 gebilligt worden. (...) 7. Wenn man nachträglich und rückwirkend Zuwahlen untersagt, nachdem in voller Übereinstimmung die Vorschläge angefordert und eingereicht worden sind, so muß man damit rechnen, daß auf der Generalversammlung darüber Auskunft verlangt wird. Wie soll sie lauten? 8. Das P.E.N.-Zentrum DDR hat in den letzten Jahren in relativer Ruhe und mit gewissem Erfolg seine Tätigkeit leisten können, weil die Richtlinien der Partei und die Satzung des P.E.N.-Zentrums stets vor wichtigen Tagen in eine verpflichtende Übereinstimmung gebracht wurden, an die man sich hielt. So sollte es auch diesmal sein."¹⁵

Nachdem selbst Kamnitzer und Keisch gegen die zentralen Direktiven Bedenken angemeldet hatten, zeigte sich Heldt verunsichert und schrieb am 2. April 1975 an Kurt

¹² Ders.: Abteilung Kultur des ZK: Schreiben vom 9.1.1975 an Kurt Hager betr. Vorbereitung der Generalversammlung des PEN-Zentrum der DDR. A.a.O.

¹³ Sekretariat des ZK der SED, Schulz, i.V.: Protokoll Nr. 3/75 des Sekretariats des ZK der SED vom 14. Januar 1975. SAPMO-BArch, IPA, DY 30/J IV 2/3 A-2620, Bestand Sekretariat.

¹⁴ Hager, Kurt: Hausmitteilung vom 27.1.1975 an Peter Heldt betr. Zuwahl von PEN-Mitgliedern. SAPMO-BArch, DY-30 vorl. SED 18514, ZPA, Abteilung Kultur.

¹⁵ Kamnitzer, Heinz: PEN-Zentrum der DDR: Aktennotiz vom 20.3.1975 betr. Zuwahlen zum PEN-Zentrum der DDR. A.a.O.

Hager: "Ich teile voll Deine Meinung, daß sich das PEN-Zentrum nicht in einen zweiten Schriftstellerverband der DDR entwickeln kann und soll und daß ausgehend von den Aufgaben des PEN eine Zuwahl nur dann in Frage kommt, wenn ein Mitglied ausscheidet bzw. die Aufgabenstellung es erfordert oder wir Interesse an der Mitgliedschaft bestimmter Genossen haben. Auf der Grundlage dieser Prinzipien habe ich (selbstverständlich ohne Berufung auf Dich) Gespräche mit Genossen Kamnitzer und Keisch zu ihrer Durchsetzung geführt. Grundsätzlich stimmen beide Genossen dieser Position zu, halten jedoch ihre Durchsetzung für die bevorstehende Generalversammlung nicht für möglich. Sie verwiesen darauf, daß Ende vergangenen Jahres von einer Reihe Mitglieder Vorschläge für Neuaufnahmen entsprechend der bisherigen Verfahrensweise unterbreitet wurden und diese im Präsidium (nach den Dir bekannten schwierigen Abstimmungen und Prozeduren) auch bestätigt wurden.

Zudem sei in der dem Politbüro vorgelegten Konzeption für die Durchführung der Generalversammlung die Neuzuwahl von Mitgliedern neben der inhaltlichen Linie bestätigt worden. Die Genossen Kamnitzer und Keisch befürchten ungünstige Diskussionen und Konfrontationen und sehen sich selbst nicht in der Lage, die Nichtzuwahl neuer Mitglieder zu begründen. Die Begründung dafür müßte dann ihrer Meinung nach offiziell von einem kompetenten Vertreter der Partei erfolgen. Angesichts dieser Umstände schlage ich folgendes vor: 1. Die dargelegte prinzipielle Linie wird für die künftige Praxis angewendet und von den Genossen Kamnitzer und Keisch auch durchgesetzt. 2. Für die Generalversammlung 1975 sollten wir einer begrenzten Zuwahl von Mitgliedern zustimmen. Von den ehemals 22 vorgeschlagenen Kandidaten stehen demnach noch folgende zur Neuwahl aus: Adolf Ender (parteilos), Wolfgang Harich (parteilos), Prof. Dr. Hans Kaufmann (SED), Walter Kaufmann (Mitglied der KP Australiens, DDR-Bürger), Dr. Kurt Kauter (SED), Rainer Kirsch (parteilos), Walter Püschel (SED), Prof. Dr.

Rita Schober (SED), Joachim Seyppel (parteilos). 3. Wie bekannt, hat Genosse Abusch nachträglich Helmut Baierl, Erik Neutsch, Helmut Sakowski und Bernhard Seeger vorgeschlagen. Ich empfehle, diese Vorschläge im Interesse der Durchsetzung unserer Position und der Vermeidung zusätzlicher Konfrontationen abzusetzen. Zudem ist zu erwarten, daß die Genossen Erik Neutsch und Bernhard Seeger nicht die notwendigen Stimmen für die Aufnahme erhalten."¹⁶

Als am 22. Oktober 1975 die Generalversammlung des DDR-P.E.N. schließlich stattfand, standen nur noch acht von der SED akzeptierte Kandidaten auf der Vorschlagsliste. Sechs davon und zwei weitere wurden schließlich gewählt. Die Kulturbürokratie der SED hatte damit ihr Konzept, möglichst wenige Neuaufnahmen zuzulassen, weitgehend durchgesetzt. Die ursprüngliche Zahl von 22 Kandidatenvorschlägen war letztendlich auf acht zugewählte neue P.E.N.-Mitglieder gedrückt worden. Auf einem anderen Blatt steht, daß dabei neben dem Parteieingriff auch die ein oder andere querliegende individuelle Personalentscheidung eine Rolle gespielt hat.

Ein zusammenfassender Bericht der Kulturabteilung informierte am 30. Oktober 1975 die Parteiführung über den Verlauf der P.E.N.-Generalversammlung: "Vor der Generalversammlung wurde eine Beratung der Parteigruppe durchgeführt, in der noch einmal auf die Verpflichtung der Genossen hingewiesen wurde, für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Veranstaltung und für die Wiederwahl des Präsidiums und des Präsidenten Heinz Kamnitzer zu sorgen. Ferner wurde Einigkeit darüber erzielt, die vom Präsidium vorgeschlagene Liste von Neuaufnahmen zu akzeptieren (Seyppel, Ender, Harich, Kirsch, H. Kaufmann, W. Kaufmann, Schober und Krauter). (...) Das Hauptreferat auf der Generalversammlung, an der 25 Schriftsteller, unter ihnen Wolf

¹⁶ Heldt, Peter; Abteilung Kultur des ZK: Schreiben an Kurt Hager vom 2.4.1975 betr. Neuaufnahme von Mitgliedern in das PEN-Zentrum der DDR, a.a.O.

Biermann, teilnahmen, hielt der Präsident Genosse Heinz Kamnitzer. Er legte die Konzeption für die Tätigkeit unseres PEN dar und war bestrebt, ausgehend von den Ergebnissen der Konferenz von Helsinki, die Aufgaben des PEN-Zentrums der DDR herauszuarbeiten. Ausführlich ging er auf die Situation in der Bundesrepublik ein, mit der die Vertreter der DDR auf internationalen Tagungen immer wieder konfrontiert werden. Sein Referat stieß jedoch bei einigen Schriftstellern auf Unverständnis. Genosse Kamnitzer wirkte bei seinem Vortrag überanstrengt und unkonzentriert. (...) In geschlossener Sitzung verliefen die Wahlen wie vorgesehen, lediglich Kurt Kauter und Wolfgang Harich erhielten nicht die für eine Aufnahme notwendigen Stimmen.¹⁷ Am Abend nach der Versammlung traf Hermann Kant (IMS "Martin") offenbar noch seinen MfS Führungsoffizier, Hauptmann Rolf Pönig, und informierte über den Veran­staltungs­verlauf.¹⁸ Ein Vergleich der beiden Überlieferungen belegt deren Authentizitätsgrad. Beide Quellen enthalten eine ausführliche Darstellung der kritischen Äußerungen von Stephan Hermlin sowie Details über den Ablauf der Zuwahl. Kant gestand seinem Führungsoffizier sogar, er selbst habe entgegen der Parteipflicht Wolfgang Harich nicht gewählt; er verstehe auch nicht, wie solche Schriftsteller wie Adolf Endler und Rainer Kirsch von ZK-Funktionären zur Zuwahl empfohlen werden konnten.¹⁹

¹⁷ Ders.: Abteilung Kultur des ZK: Information über die PEN-Generalversammlung am 22.10.1975 in Berlin, a.a.O.

¹⁸ Vgl. Corino, Karl (Hrsg): Die Akte Kant, IM "Martin", die Stasi und die Literatur in Ost und West, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 331 ff. Corino dokumentiert da den noch am Abend des 22. Oktober nach der Generalversammlung aufgezeichneten Bericht von Hermann Kant.

¹⁹ Friedrich Dieckmann interpretiert in seinem oben zitierten Artikel (S.49 f.) den Bericht von IMS "Martin" (Kant) und folgert, gestützt auf eine dort wiedergegebene Äußerung Kants zu seinem und Hermlins Wahlverhalten, Kant habe die genauen Zusammenhänge gegenüber der "Observationsinstanz" zu verschleiern versucht. Dieckmann kommt erst gar nicht in den

Das P.E.N.-Präsidium der DDR in seiner Außenwirkung.

Ein Beispiel mag abschließend verdeutlichen, welche Bedeutung das Präsidium des P.E.N.-Zentrums der DDR für die Außenrepräsentanz des Regimes hatte. Über die Jahrestagung des P.E.N.-Zentrums Bundesrepublik in Bremen, die vom 18.-20. September 1980 stattfand, informierte Heinz Kamnitzer aufs Genaueste nicht etwa die Mitglieder seines Clubs, sondern das zuständige Politbüromitglied Kurt Hager. Zu einer positiven Reaktion auf die Einladung zur Bremer Tagung hatte man sich ursprünglich entschlossen, weil sowohl das Thema "Die deutsche Literatur des Exils" als auch der Zeitpunkt (Besuch Schmidt in der DDR und Wahlen in der BRD) dafür gesprochen hätten, schrieb Kamnitzer einleitend. Sodann repetierte er noch einmal die Modalitäten seines Auftritts in Bremen: "Ich hatte vorher schriftlich und telefonisch klargestellt, 1. daß ich nicht an der Mitgliederversammlung, sondern nur an literarischen Veranstaltungen teilnehme, 2. daß es dabei nur um das Thema gehen wird und nicht um Exil und Literatur heute. Beide Zusagen wurden eingehalten."

Auf der Veranstaltung wollte Kamnitzer deutlich machen, daß in der SBZ und in der DDR das Erbe des Exils positiv aufgehoben wurde. Er habe von vornherein klargestellt, daß es "keine 'deutsch-deutsche' oder 'innerdeutsche' Umarmung geben" dürfe. "Andererseits wird durch Anwesenheit in

Sinn, daß Hauptmann Pönig eine der Informationen, die er anlässlich des kurzen Treffens am 22.10.75 (18.20 - 19.30 Uhr) von Kant erhielt, falsch rekonstruiert haben könnte, als er sechs Tage später am 28.10.1975 seinen Treffbericht zusammenfaßte. Dieckmann rezipiert diesen Treffbericht des Hauptmann Pönig überdies etwas eigentümlich als "Treffbericht des IMS Martin vom 28. Oktober 1975". Dieckmanns Insinuation, Kant habe Hermlins Brandrede gegen die Aufnahme Harichs vor dem MfS verschleiern wollen, ist schiere Spiegelfechtereie angesichts der Tatsache, daß es - was Dieckmann überdies erwähnt - ein Tagungsprotokoll gab. Kant war doch wohl bewußt, daß es für das MfS der kleinsten Übungen eine war, sich in Kenntnis eines P.E.N.-Tagungsprotokolls zu setzen.

Bremen bekundet, daß nur Aussicht auf Begegnungen besteht, solange ein Regierungswechsel in der BRD die Großwetterlage nicht verschlechtert. Ohne jede Einschränkung lautet die Bilanz: Alle Aufgaben konnten erfüllt werden. Die vorbildliche und frühzeitige Pflege der Exilliteratur in der DDR wurde von niemand bestritten und von vielen betont. Öffentliche Angriffe und offizielle Erklärungen gegen die DDR und die UdSSR blieben aus. Die Ereignisse in Afghanistan und Polen wurden nicht erwähnt. Die Ausweisung oder Ausreise von Schriftstellern aus sozialistischen Staaten spielte keine Rolle. Die 'Welt' vom 23. September 1980 schrieb, es 'begrüßte der Präsident Walter Jens zwar seinen Confrater aus der DDR, nicht aber Gabriel Laub, den Präsidenten des Exil-P.E.N. versehentlich? Wer's glaubt, wird selig.' Der Tatsache und dem Urteil sind nicht zu widersprechen." In einem persönlichen Gespräch, berichtete Kamnitzer weiter, habe ihm Walter Jens vorweg wörtlich erklärt: "Manche Leute sind sich offenbar nicht klar, was ohne den sowjetischen Sieg, bezahlt mit den Opfern von 20 Millionen Menschen, aus Europa geworden wäre." Hinsichtlich des Nachrüstungsbeschlusses von Brüssel, der Furcht vor F.J. Strauß habe Jens geäußert: "Man wäre schön dumm, auf Ihrer Seite nicht jetzt schon Schutzmaßnahmen zu ergreifen." Kamnitzer berichtete im weiteren ausführlich über den Ablauf der Versammlung des westdeutschen P.E.N.-Zentrums und den Wahlkampfauftritt Willy Brandts vor diesem Forum. Positiv würdigte er zwei von der Versammlung verabschiedete Resolutionen - "a) gegen Strauß, der wenige Tage vorher Prof. Jens in 'die politische Unterwelt und Subkultur' einordnete und kurz danach vom 'Schreibtischtäter und Mikrofonhitzer' sprach. b) Gegen die Ausländerfeindlichkeit und für das Asylrecht in der BRD" - besonders mißfällig äußerte sich Kamnitzer über antikomunistische Ausfälle von Marcel Reich-Ranicki und Günter Grass. Abschließend wies er auf ein Abmachung hin, die er mit Walter Jens und P.E.N.-Generalsekretär Gregor-Dellin während der Tagung getrof-

fen habe: "Vorbehaltlich der Zustimmung unseres Präsidiums kamen wir überein, 1. sich gegenseitig zu berichten über öffentliche Veranstaltungen (Beispiel: Vorträge über Anna Seghers, Ossietzky usw.), 2. literarische Veranstaltungen an einem neutralen Ort, wie z.B. in Österreich und der Schweiz, wahrzunehmen, 3. sich über Vorkommnisse, die beide Zentren angehen, schriftlich oder telefonisch zu berichten und nicht in die Öffentlichkeit zu gehen, um den bestehenden Stand der Beziehungen nicht zu verschlechtern."²⁰ Die so vereinbarte "Sicherheitspartnerschaft" zwischen Repräsentanten der beiden deutschen P.E.N.-Zentren hat sich bis zum Ende der DDR in vielerlei Hinsicht bewährt.

Die parteimäßige Absicherung des P.E.N.-Zentrums der DDR erfolgte, wie die Untersuchung relevanter Überlieferungen zeigt, durch eine dreifache Einbindung dieser Einrichtung in die Regimestruktur. Erstens wurden der Präsident und der Generalsekretär des P.E.N.-Zentrums unmittelbar von der Kulturabteilung des ZK angeleitet. Zweitens befand sich im DDR-P.E.N. eine Mehrheit von SED-Mitglieder, die bei Bedarf als Parteigruppe einberufen und auf zentrale Direktiven verpflichtet werden konnten. Drittens befanden sich im Präsidium und unter den Mitgliedern des DDR-P.E.N. etliche Inoffizielle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes.²¹ Garantiert war auf diese Weise, daß das P.E.N.-Zentrum bis zum Ende staatstragend blieb und nicht aus dem Ruder lief. Immer war der vom ZK-Sekretariat gewünschte Präsident gewählt worden, dazu ein Präsidium, das zu-

²⁰ Kamnitzer, Heinz: PEN-Zentrum der DDR: Bericht vom 30. September 1980 an Kurt Hager über die Tagung des bundesdeutschen PEN "Literatur im Exil" in Bremen vom 18. bis 20. September 1980. SAPMO-BArch, DY-30 vorl. SED 26039, ZPA, Abteilung Kultur.

²¹ Vgl. Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996, S. 801 ff. Walther stieß im Laufe seiner Aktenstudien auf vierzehn im P.E.N.-Zentrum der DDR aktive Staatssicherheitsdiener, wobei es sich nicht um eine "komplette Liste" handele.

verlässige SED-Mitglieder dominierten. Noch anlässlich des 40. Jahrestages der DDR 1989 sandte dieses Gremium ein artiges Glückwunschtelegramm an Erich Honecker. Darin wurde die DDR als ein Land gelobt, in dem sich die Freiheit des Wortes verwirklichen lasse.

Literatur

Corino, Karl (Hg): Die Akte Kant, IM "Martin", die Stasi und die Literatur in Ost und West, Reinbek bei Hamburg 1995

Dieckmann, Friedrich: Deutsche PEN-Geschichten. Eine Akten Lese, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 22. März 1966

Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur, Schriftsteller und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1996